



1

2

3 Sonderantrag zum Landeskonferenz und Landesausschuss 2021 der JU Berlin:

4 „Einstehen für den einzigen jüdischen Staat – Keinen Platz für Israelhass und Antisemitismus in
5 unserer Gesellschaft“

6 Der Landesverband der JU Berlin möge beschließen und sich dafür einsetzen, dass eine
7 antiisraelische Haltung und ein darauf basierender Antisemitismus missbilligt und konterkariert wird.

8 Begründung:

9 Der Nahostkonflikt zwischen Israel und Palästina eskaliert und spaltet die Meinungen in Deutschland.
10 Nach einer Kausalität von konfliktgeladenen Ereignissen erreichte die Lage im Nahen Osten einen
11 neuen Höhepunkt der Krise. Während der letzten Tage feuerte die Terrororganisation Hamas unter
12 Dauerbeschuss inzwischen über tausende Raketen auf das israelische Hoheitsgebiet. Ein militärischer
13 Gegenschlag seitens Israel erfolgte entsprechend.

14 Die Folge sind weltweite Proteste und Versammlungen mit kritischer Meinungsäußerung auf beiden
15 Seiten.

16 Die grundrechtlich verankerte Versammlungsfreiheit ist ein konstitutives Gut, wie die aktuelle
17 pandemische Lage beständig unter Beweis stellt. Die momentan angemeldeten Versammlungen
18 hinsichtlich der schwierigen Lage der palästinensischen Bevölkerung und die Kritik gegen die
19 israelische Verteidigungspolitik mögen eine von der Versammlungsfreiheit getragene
20 Grundrechtsausübung darstellen. Die Grenzen dieses Grundrechts sind jedoch erreicht, wenn kein
21 legitimer Protest mit einer differenzierten Kritik der Lage stattfindet, sondern zulasten der jüdischen
22 Bevölkerung ein antisemitisches Klima der Angst erzeugt wird. Die Versammlungsfreiheit wird sogar
23 missbraucht, wenn sie dafür genutzt wird, vor jüdischen Einrichtungen antisemitischen Parolen zu
24 skandieren und antisemitischen Symboliken zu zeigen.

25 Das hierdurch erzeugte Klima wirkt insgesamt zulasten der Bürgerinnen und Bürger des Landes. Eine
26 Dämonisierung des israelischen Staates, eine undifferenzierte Meinungsäußerung und antisemitische
27 Parolen vor jüdischen Einrichtungen sind kein Ausdruck eines legitimen Protests, sondern generieren
28 Unruhen innerhalb der Gesellschaft.

29 Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist das eine alarmierende Lage, die konsequent mit
30 Gegenmaßnahmen konterkariert werden muss.

31 Wir in Deutschland tragen eine hohe Verantwortung gegenüber den jüdischen Bürgerinnen und
32 Bürger des Landes und der Staatsräson des Staates Israel. Israel ist der Garant dafür, dass die
33 jüdische Bevölkerung eine sichere Heimatstätte hat und dass sich ein Holocaust nicht wiederholt. Das
34 ist ein Bestandteil des deutschen Wiederaufbaus.

35 Die JU Berlin soll sich dafür einsetzen, dass dieses Meinungsbild politisch auf allen Ebenen getragen
36 wird. Hierzu wird vorgeschlagen, dass eine klare Linie gefahren wird, die proisraelische ist und
37 Antisemitismus in solchen Zeiten besonders bekämpft. Eine besondere Bekämpfung bedeutet, dass
38 die JU Berlin sich dafür einsetzt, dass antiisraelische Versammlungen vor jüdischen Einrichtungen und
39 Versammlungen bei denen Hamas Symboliken zu Tage treten verboten werden sowie die Justiz dazu
40 angeregt wird, konsequenter die damit verbundenen Straftaten zu verfolgen.